Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

15.3.1927 (No. 62)

Visual Library

№ 62 Dienstag, den 15. März 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger; Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Genf und die Rechtspresse

Wer in den letzten Tagen die **Rechtspresse** gelesen hat, mußte von neuem die Beobachtung machen, daß ein großer Teil unseres Volkes immer noch nicht jenen politischen Instinkt und jene politische Beweglichkeit besitzt, die nun einmal für die Bearbeitung und die Beurteilung außenpolitischer Dinge Voraussetzung sind. Die Gerechtigkeit zwingt allerdings zu der weiteren Feststellung, daß wenigstens nicht alle deutschnationalen Blätter jene Instinktsicherheit vermissen ließen, und daß es nicht alle deutschnationalen Organe waren, welche der Politik des Reichsaußenministers Dr. Stresemann in Genf Schwierigkeiten zu bereiten versuchten. Die Rücksicht auf die Regierungskoalition hat wenigstens eine Reihe deutschnationaler Blätter bewogen, die Vorgänge in Genf möglichst ohne jeden Kommentar zu behandeln. Natürlich ist unserer Außenpolitik damit nicht gedient. Man kann auch von den Deutschnationalen erwarten und verlangen, daß sie das nötige Verständnis für die Haltung unserer Delegation in Genf besitzen und in ihren Zeitungen die Außenpolitik Stresemanns nach Kräften **positiv** unterstützen.

Das dürfte man um so mehr erwarten, als der Reichsaußenminister selbstverständlich in engem **Konnex mit dem Kabinett** gehandelt hat, d. h. mit einem Kabinett, in welchem auch **deutschnationale** Minister sitzen. Oder sollte es so sein, daß vielleicht **einer** dieser deutschnationalen Minister gewissen Leuten gegenüber tadelnde Äußerungen über das Kompromiß in der Saarfrage getan hat? Unter allen Umständen wird die deutsche Delegation nach ihrer Rückkehr nach Berlin im Kabinett und im Reichstag **keine Vorwürfe und keine Kritik zu erwarten haben.** Und, wenn ein deutschnationales Blatt in Berlin von Differenzen im Kabinett spricht, so ist das entweder eine Übertreibung, oder höchstens der Beweis dafür, daß vielleicht ein Mitglied des Kabinetts geglaubt hat, auch jetzt wieder angesichts der Vorgänge in Genf das alte, nationalistische Steckenpferd zu besteigen.

Wenn berichtet wird, daß die deutsche Delegation der Berichterstattung in Berlin mit großer Ruhe entgegensieht, dann können wir das also vollkommen begreifen. Außenpolitik läßt sich **nicht allein** nach Prinzipien treiben. Und nur den wenigsten Staatsmännern der Weltgeschichte war es beschieden, hundert Prozent ihrer Wünsche erfüllt zu sehen; und auch das nur auf die Gefahr hin, daß späterhin das Geschick an dieser gar zu splendiden Gabenbewilligung häßliche Korrekturen anbrachte. Wir brauchen ja nur an ein Beispiel aus der letzten Zeit denken. Was **Bismarck** 1871 erreicht hat, waren hundert Prozent; aber 47 Jahre später kam die Korrektur, und Elsaß-Lothringen ging uns — zusammen mit anderen Gebietsteilen, die 1871 noch als ganz sicher galten, — verloren. Nur dann, wenn die hundertprozentige Lösung einer staatsmännischen Aufgabe in ihrem Kern den entwicklungsgeschichtlichen Erfordernissen der Zeit entsprach, dann hat sie Jahrhunderte lang Bestand gehabt und kulturell die Jahrtausende befruchtet. Die Eroberung Galliens durch Cäsar war eine solche Erfüllung kühnster Träume. Aber sie lag in der Entwicklungslinie der europäischen Menschheit, und sie ist deshalb politisches Fundament geblieben für den ganzen weiteren Ablauf der Weltgeschichte. Die europäische Geschichte, zumal die deutsche Geschichte des Mittelalters, ist ohne die Eroberung Galliens kaum denkbar.

Im allgemeinen wird sich der Staatsmann mit **Kompromissen** zu begnügen haben. Sein Augenmerk muß darauf gerichtet sein, daß das Kompromiß Lebensinteressen der eigenen Nation **nicht** verletzt und im Vergleich zu dem bisherigen Zustand einen **Fortschritt** darstellt. Betrachten wir so das **Kompromiß in der Saarfrage,** so ist von vornherein klar, daß es deutsche Lebensnotwendigkeiten keineswegs beeinträchtigt, daß es vielmehr im Vergleich zu der bisherigen Übung **einen recht erheblichen Fortschritt bedeutet.** Worin dieser Fortschritt besteht, haben wir gestern an dieser Stelle auseinandergesetzt. Wir brauchen das Ergebnis von Genf durchaus nicht mit Posaunentönen zu preisen; denn wir haben nicht all das erreicht, was wir zu erreichen hofften. Aber zu Tadel und Unmut liegt noch viel weniger Anlaß vor. Denn wir haben in zwei gewichtigen Punkten die Situation im Saargebiet für die dortige Bevölkerung und für Deutschland verbessert. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser einen Verbesserung weitere folgen werden.

Reichstagspräsident Löbe wird am Mittwoch die Klinik verlassen und in seine Wohnung zurückkehren. Sein Befinden ist nach wie vor gut, doch wird er einen längeren Erholungsurlaub nehmen müssen.

Das Ergebnis von Genf

Die Berliner Blätter beschäftigen sich zusammenfassend mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Genfer Ratstagung und den Besprechungen, die außerhalb der Sitzungen zwischen den in Genf anwesenden Staatsmännern stattfanden.

Zur eigentlichen Ratstagung wird unterstrichen, daß die sehr befriedigende Art, wie die Frage der **Danziger Anleihe** verabschiedet worden ist auch nach dem Zeugnis des Senatspräsidenten Dr. Sahm mit in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß jetzt zum erstenmale in der Finanzkommission deutsche Finanzleute mitgewirkt haben.

In der Frage der **ostoberschlesischen Schulen** ist Deutschland keineswegs von seinem Rechtsstandpunkt abgewichen, vielmehr wird in dem Bericht der Kommission, der von Vertretern von drei Staaten stammt, ausdrücklich festgestellt, daß die Genfer Konvention in keinem Punkt von dieser Entscheidung berührt werde. Der praktische Erfolg der in Genf erreichten Entscheidung ist, daß in mehr als der Hälfte der strittigen 7000 Fälle Kindern sofort die deutsche Schule erschlossen wird und für die übrigen die Entscheidung des Präsidenten Calonder und seines schweizerischen pädagogischen Beraters maßgebend sein wird. Polen ist dadurch gezwungen, die bereits eingeleiteten Maßnahmen auf diesem Gebiete zurückzuziehen. Der Deutsche Volksbund hat durch seinen Vertreter bereits erklärt, daß er von dieser Lösung durchaus befriedigt sei.

In der **Saarfrage** war die Stellung der deutschen Vertreter auch dadurch besonders schwierig, daß das saarländische deutsche Mitglied der Regierungskommission nicht selbst gegen die Vorschläge der Regierungskommission gestimmt, sondern sich seiner Stimme nur enthalten hatte. Die Haltung der deutschen Delegation suchte zu vermeiden, daß der Völkerbundsrat auf frühere Beschlüsse festgelegt wurde. Sie hat erreicht, daß ein naher Termin für den Abzug der französischen Truppen festgelegt wurde, daß der Bahnschutz im Gegensatz zu den französischen Truppen nur der Regierungskommission untersteht und nur in außergewöhnlichen Fällen verwandt werden darf. Die Stärke von 800 Mann ist ausdrücklich als Maximalziffer festgesetzt. Es wird unterstrichen, daß Dr. Stresemann in seinem hartnäckigen Kampf um die Saarfrage bis zur äußersten Grenze gegangen ist. Wenn dem Reichsaußenminister ein Vorwurf aus einer Erklärung gemacht wurde, daß er nicht auf Grund besonderer Instruktionen, sondern auf eigene Verantwortung hier seine Entscheidung getroffen habe, so liegt Grund zur Annahme vor, daß durch Äußerung dem fortwährenden Gerede ein Ende gemacht werden sollte, wonach die Verhandlungen nur durch Telegramme des Grafen Westarp und anderer Einflüsse beeinträchtigt würden, die mit der neuen Zusammensetzung der Reichsregierung zusammenhingen.

In den Besprechungen neben der Ratstagung dürfte es gelungen sein, eine Basis zu finden, auf der die Wiederaufnahme der **deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen** möglich ist. Im übrigen ist in diesen allgemeinen Besprechungen keinerlei Versuch gemacht worden, Deutschland in eine antirussische Front einzufügen. Vielmehr kann gesagt werden, daß der deutsche Standpunkt und das deutsche Interesse, einen Zusammenstoß zwischen den beiden Mächten England und Rußland unter allen Umständen zu vermeiden, überall Verständnis findet. Schließlich heben die Blätter noch als bedeutsam hervor, daß **Deutschland den Zeitpunkt wählen** werde, zu dem es seinen Anspruch auf die Konsequenzen des § 431 des Versailler Vertrages **für die Räumung der Rheinlande** anmeldet.

Rückkehr der deutschen Delegation

Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** ist Montag nachmittag in Begleitung von Staatssekretär v. Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus von Genf kommend wieder in Berlin eingetroffen. Dr. Stresemann hat dem Reichspräsidenten noch abends Bericht erstattet. Am heutigen Dienstag nachmittag findet unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Sitzung des **Reichskabinetts** statt, die sich mit der außenpolitischen Lage allein beschäftigen wird.

Neue Kämpfe um Schanghai

Die Kantonesen stehen nun 20 Meilen südlich **von Nanking.** In der dortigen Gegend wurde am Montag schwer gekämpft. Die Eisenbahnverbindung ist unterbrochen. Angesichts der großen Zahl der in Nanking lebenden fremden Missionare, darunter allein 430 Amerikaner, haben die britischen und die amerikanischen Behörden Vorbereitungen zur schnellen Räumung getroffen. Im Gegensatz zu anderen Meldungen will der Berichterstatter des „Daily Expreß" in Shanghai wissen, daß die Kommunisten gegenwärtig innerhalb der Kuonintang-Partei die Oberhand gewonnen hätten und daß General Tschangkaischeks Partei so gut wie unterlegen sei.

Erkrankung des Sohnes des Reichswehrministers. Wie die Blätter melden, ist in dem Befinden des in Augsburg erkrankten Sohnes des Reichswehrministers durch Genickstarre eine Komplikation eingetreten. Dr. Geßler weilt mit seiner Gattin in Augsburg und wird daher an dem heutigen Kabinettsrat nicht teilnehmen können.

Zur Regierungsbildung in Thüringen. Der mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung beauftragte Abg. **Bauer,** Sonderhausen (D. Vp.) ist plötzlich erkrankt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei tritt heute zusammen, um für die Dauer der Erkrankung einen anderen Abgeordneten als Verhandlungsführer zu bestimmen.

Senkung der Kirchensteuer in Berlin. Die Berliner Stadtsynode hat einstimmig beschlossen, die **Kirchensteuer** für das Jahr 1927 von 12½ auf 8 Proz. der Reichseinkommensteuer herabzusetzen.

Um den Finanzausgleich

Im **Steuerausschuß des Reichstages** fanden am Montag **lebhafte** Auseinandersetzungen wegen des Finanzausgleichs statt, in die auch Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** eingriff.

U. a. wendete sich Dr. **Fischer,** Köln (Dem.) gegen die Finanzausgleichsvorlage. Es wurde nach keiner Richtung festgestellt, wie die Opposition sich zu den Anträgen stellt. Wir sehen in dem jetzigen Vorgehen nicht nur den Weg zum Föderalismus, sondern zu einem engstirnigen Partikularismus. Ist der Finanzausgleich, wie er jetzt vorliegt, für bayrische Parteien maßgebend, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen? Den Löwenanteil der Biersteuer Bayern zuzugestehen, haben wir keine Veranlassung. Wir bitten um Aufklärung, was Bayern zuzuzahlen hätte, wenn die Verteilung aller Steuern nach dem wirklichen Aufkommen erfolgen sollte. Zum Schluß begründete der Redner einen demokratischen Antrag auf Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer.

Abg. **Becker,** Hessen, (Dvpt.): Pikant ist bei den Erörterungen über die Garantie, daß der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer die Summe von 2,6 Milliarden als zu hoch bekämpft, während der demokratische preußische Finanzminister erklärt, Preußen käme dabei noch zu kurz. Beim definitiven Finanzausgleich werden die Länder aber wohl schlechter wegkommen als bisher. Für das Definitivum des Finanzausgleichs werden wir uns demnächst sehr leicht verständigen können. Nachdem die Weinsteuer aufgehoben worden ist, muß auch die Getränkesteuer verschwinden, denn sie gehört zu den schlechtesten Steuern, die es überhaupt gibt, zu denen, die leicht hinterzogen werden können. Manches, was im Kompromiß steht, entspricht auch nicht zu 100 Proz. unseren Wünschen.

Reichsfinanzminister Dr. **Köhler:** Man spricht von einem Verlassen der Linie der bisherigen Steuerpolitik. Man sagt, eine Beschleunigung des endgültigen Finanzausgleiches und der Verwaltungsreform seien früher in Aussicht gestellt worden, nun aber unterbleibe alles. Die Wirtschaft habe bereits ihre zweite Schlacht gegen den Fiskalismus und Partikularismus verloren. Was aber hat in Wirklichkeit der Reichsfinanzminister verschuldet? Die bisherige besondere Umsatzsteuergarantie ist weggefallen. Das bedeutet für die Reichskasse eine Ersparnis von 180 Millionen. Weiter sind die Forderungen, den Ländern 90 Proz. aus der Einkommensteuer zu überweisen, nicht berücksichtigt. Wir haben die **Quote von 75 Proz.** aufrecht erhalten. Wenn man die Dinge so sieht, als ob nun gerade eine **Verschleuderung der Reichsgelder** stattfindet zugunsten weniger Länder, dann nenne ich das nicht Wahrung der Reichsinteressen, sondern dann ist dies etwas ganz anderes. (Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Wir haben deshalb eine Gesamtgarantie von 2,6 Milliarden übernommen, weil wir glauben, es verantworten zu können. **Alle Länder sind nun verpflichtet,** auf der Basis dieser Gesamtgarantie ihren Etat einzustellen. Wir haben vorgesehen, daß am 1. Oktober ein **Rahmengesetz über die Grundsteuer** und die Gewerbesteuer und über die Altzinssteuer herauskommt. Selbstverständlich soll dieses Gesetz nicht die Tendenz der Verewigung der bisherigen Steuersätze haben, sondern die einer Herabsetzung.

Über die **Biersteuer** werde sich im einzelnen noch reden lassen. Das Zufallsrecht für die Länder und Gemeinden ist vorgesehen und die Reichsregierung hat keine Veranlassung, davon abzurücken. Was bezüglich der **Vermögenssteuer** geschehen soll, wenn sie die vorgesehenen 400 Millionen nicht einbringt, kann ich erst mitteilen, nachdem über die Steuereingänge Klarheit herrscht. Bei der Vermögenssteuer (Zuwachs-) werden wir uns an das Gesetz halten. Welche Bedeutung die **Einheitswerte** bei der künftigen Regelung haben wird, kann ich auch erst dann sehen, wenn die erstmalige Feststellung der Einheitswerte abgeschlossen ist. **Wir müssen** eine **rationalisierte, öffentliche Wirtschaft** wenigstens in einem gewissen Umfange haben. Wir wollen in diesem Jahre auch an die Arbeit der **Verwaltungsreform** herangehen. Wir haben bereits damit angefangen.

Wir brauchen weiter auch eine **Arbeitswirtschaft,** die einigermaßen gesichert ist. Ich bin der Meinung, daß **der zweijährige, provisorische Finanzausgleich** für die Wirtschaft eine Ruhezeit bringt. Aber auch Länder und Gemeinden wissen jetzt, daß es nicht möglich ist, in den nächsten zwei Jahren mehr herauszuholen. Wir werden in den ersten Monaten des Jahres 1928 bereits an die Beratungen des endgültigen Finanzausgleichs herangehen müssen, damit auch die Länder sich darauf einstellen können.

Um die Neuregelung der Biersteuergemeinschaft. Die Regierungsparteien haben im Reichstag einen Gesetzentwurf im Zusammenhang mit der Regelung des Finanzausgleichs eingebracht, der die Beteiligung der Staaten Württemberg, Bayern und Baden an den Erträgnissen der Biersteuer regelt. Nach diesem Gesetzentwurf erhalten die genannten Staaten 3½ Proz. des Aufkommens der Biersteuer in ihren Ländern. Das bedeutet faktisch, daß Württemberg künftig 8 630 000 RM., Bayern 41 Millionen RM., **Baden** 5 755 000 RM. aus der Biersteuer erhält.

Verurteilung eines deutschen Journalisten in Italien. Der deutsche Journalist **Delius,** Korrespondent der „Berliner Illustrierten Zeitung", der unter der Anschuldigung verhaftet worden war, seiner Zeitung Bilder und Artikel übersandt zu haben, die eine Herabsetzung Italiens darstellten, wurde wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze des Staates **zu 30 Tagen Gefängnis** und Tragung der Prozeßkosten verurteilt. Von der Anklage der Aufreizung zum Klassenhaß wurde er freigesprochen.

Versteigerung des Schlosses Urville bei Metz. Das ehemals dem früheren deutschen Kaiser gehörende sequestrierte Schloß **Urville** bei Metz ist für 347 000 Franken versteigert **worden.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 14. März.

Bei der zweiten Lesung

des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums

gibt Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius** einen Überblick über die Tätigkeit seines Ministeriums. Nur auf gewissenhaften Erkenntnisgrundlagen sei das Zusammenwirken der verschiedenen Wirtschaftszweige und der Ausgleich der großen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit möglich. Deshalb verfolge das Wirtschaftsministerium eingehend die Aufgaben periodischer Untersuchungen und ständiger wissenschaftlicher Durchdringung des ganzen Wirtschaftsgeschehens. Der Minister schilderte die in Gang befindlichen **großen Statistiken** (Volks-, Berufs- und Betriebszählung, Finanzstatistik) und hob hervor, welche Wandlungen unsere wirtschaftliche und soziale Struktur gegenüber der Vorkriegszeit erkennen läßt. An neuen Aufgaben für 1927 nennt der Redner die **Reichswohnungszählung,** die Erhebung von Haushaltsrechnungen zum Aufschluß über die Lebenshaltung der Bevölkerung, die Produktions- und Lohnstatistik. Zur Vervollkommnung der **Handelsstatistik,** insbesondere der Einführung eines Handelsformulars für die Wareneinfuhr wird demnächst dem Reichstag eine Vorlage zugehen. Die treibhausartige Entwickelung der **Berufsorganisationen** nach dem Zusammenbruch habe einem Beharrungszustand Platz gemacht. In der Rationalisierung sei nur die erste Etappe erreicht. Die Vervollkommnung der Technik stehe noch bevor. Endziel der ganzen Rationalisierung müsse die Wiederaufnahme aller brauchbaren Arbeitskräfte und die Hebung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung sein. Die Kartellbildungen ständen unter dauernder Beobachtung einer besonderen Abteilung des Ministeriums. Bei besonders hartnäckigen Gruppen genüge meist die Drohung mit einer Klage vor dem Kartellgericht. Die Ausfuhr nach den europäischen Ländern sei im ganzen genommen geringer als vor dem Kriege, wobei den Hauptausschlag die verminderte Ausfuhr nach Rußland und Frankreich gebe. Asien und Afrika nähmen wachsende Mengen deutscher Ausfuhrerzeugnisse auf. So sehr Deutschland danach trachte, das Handelsvertragssystem zum Abschluß zu bringen, so sei man noch immer vom Ziel entfernt und habe noch schwere Aufgaben, wie die Handelsverträge mit Polen, Frankreich und der Tschechoslowakei zu lösen.

Minister Dr. Curtius erhofft sich von der im Monat Mai in Genf stattfindenden **Weltwirtschaftskonferenz** eine gewisse Erleichterung der allgemeinen handelspolitischen Lage. So wenig befriedigend im ganzen Deutschlands handelspolitische Lage zur Zeit auch sein möge, so werde die Reichsregierung doch eine Änderung der Methoden und die Schaffung eines **neuen Zolltarifs** in nächster Zeit nicht verantworten können. Die Einbringung eines neuen deutschen Zolltarifs würde im Augenblick nur noch größere Verwirrung hervorrufen. Der Minister kündigte eine Vorlage der Reichsregierung über die Gestaltung der **Agrarzölle** für die Zeit nach dem 31. März cr. an und verwies auf die neuen Wege, die man zwecks Steigerung der Ausfuhr zu gehen beabsichtige. Gerade die besondere Schuldnerlage Deutschlands zwingt zur Förderung der Ausfuhr. Auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik hätten die Geldsätze der Auslandsanleihen und des Inlandskapitals im vergangenen Jahre eine beträchtliche Verminderung erfahren. Trotzdem sei aber die Zinsbelastung noch immer außerordentlich hoch und bedenklich. Die bisherige Erfüllung der **Reparationsverpflichtungen,** die im wesentlichen darauf hinauslaufe, Annuitäten durch Aufnahme neuer Schulden zu schaffen, führe zu Substanzverlusten und sei daher alles andere, als eine ordnungsmäßige Erfüllung des Dawesplanes.

Der Minister betonte weiter, daß sich der Staat mit besonderer Sorgfalt des Handwerkes und des mittelständischen Gewerbes annehmen müsse.

Zugleich mit dem Etat wird eine Regierungsvorlage beraten, die die **Herstellung von Zündhölzern** von der Erlaubnis des Reichswirtschaftsministeriums abhängig machen will.

Der Haushaltsausschuß beantragt die Streichung der von der Regierung im Etat angeforderten Dreiviertel Millionen zur Förderung des deutschen Außenhandels, insbesondere zur Zinsverbilligung für Darlehen an deutsche Exporteure.

In einer Entschließung regt der Ausschuß die Zusammenlegung des Statistischen Reichsamtes und des Preußischen Statistischen Amtes an.

Abg. Frau **Sender** (Soz.) weist auf das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch hin. Darin sieht sie den Grund der Wirtschaftskrisis, die deshalb nur durch Steigerung des Gesamtwohlstandes bekämpft werden könne. Die Rationalisierung habe sich bisher nur zugunsten der Unternehmer ausgewirkt, nicht in einer Preissenkung. Die Handelspolitik der Regierung lasse jede Initiative vermissen. Wie wenig dem Minister an der Hebung der Kaufkraft des Volkes liege, das beweise die Tatsache, daß er auf die Mietssteigerung hingewirkt habe. Wie leichtsinnig man dagegen Großindustrielle subventioniere, zeige der Fall Krupp.

Abg. Dr. **Reichert** (Dntl.) bekämpft die Übernahme wirtschaftlicher Betriebe durch die öffentliche Hand, weil die Betriebe dann unrentabel würden und sie außerdem, von Steuern befreit, eine unfaire Konkurrenz für die schwerbelasteten Privatbetriebe würden. Die Sozialdemokratie habe selbst auf Rationalisierung gedrängt. Aber die Rationalisierung habe doch auch gute Folgen. Sie habe endlich wieder einmal eine Rente geschaffen und Bebel habe ja selbst einmal gesagt: „Ohne Profit raucht kein Schornstein". Außerdem habe die Rationalisierung den Export wieder ermöglicht und dadurch Geld und Rohstoffe ins Land gebracht. Auch die Preissenkung im Innern werde kommen. Arbeitszeit dürfe man aber nicht rationieren nach Schema F. Wenn einzelne Arbeitslosen litten, so dürfe man doch auch nicht vergessen, wie die Löhne der Beschäftigten gestiegen seien. Nach dem kleinen Ausgleich des Vorjahres sei unsere Handelsbilanz wieder passiv. Man scheine sich im allgemeinen nicht genügend klar zu machen, daß die zwei Milliarden Daweslasten 4—5 Proz. des gesamten deutschen Volkseinkommens ausmachen. Von einer merklichen allgemeinen Belebung der deutschen Wirtschaft, wie sie die Reparationssachverständigen erwarteten, sei noch keine Spur vorhanden.

Abg. **Schlack** (Ztr.) will aus verschiedenen Erscheinungen erkennen, daß es mit unserer Wirtschaft vorwärts gehe. Aber der Wiederaufbau sei noch lange nicht gesichert. Wenn wir die Daweslast für uns verwenden könnten würden wir 300 000 Menschen mehr beschäftigen können. Die Erfüllung des Dawesplanes sei überhaupt nur durch Steigerung der Ausfuhr möglich. Deshalb müsse der Völkerbund dafür sorgen, daß die Zölle international abgebaut werden.

Abg. Dr. **Albrecht** (Dt. V.), noch seien nicht alle Industriezweige von der Rationalisierung erfaßt. Gerade die noch ausstehende Erneuerung und Durchorganisierung koste Geld. Der Redner betont weiter, daß es der deutschen Wirtschaft gelungen sei, auf den Weltmarkt zu gelangen.

Abg. **Können** (Komm.) erklärt, die Arbeiter müßten sich willenlos niederrationalisieren lassen.

Abg. **Meyer** (Dem.): Auf dem Gebiete des Kartellwesens sei nichts Durchgreifendes geschehen. Er unterstützt den sozialdemokratischen Antrag, die Roggenzölle aufzuheben. Die Weltwirtschaftskonferenz soll einmal prüfen, ob man nicht den Reparationsfonds in den Dienst dieses Bedürfnisses stellen könne. (Beifall bei den Demokraten.).

Gegen 7 Uhr wurde die Sitzung auf morgen, Dienstag, 2 Uhr vertagt.

Die Kanalfrage

Der **Verkehrs- und der Haushaltsausschuß des Reichstages** befaßte sich am Montag mit der Kanalfrage. Das Ergebnis der Beratungen, die vormittags und abends stattfanden, waren einige **Resolutionen,** in denen die Reichsregierung gefragt wird, ob und inwieweit ein weiterer Ausbau von Wasserstraßen oder Eisenbahnen vorgenommen werden soll, in welcher Weise den wirtschaftlich besonders hart bedrohten Grenzgebieten beschleunigt und wirkungsvoll geholfen werden kann; ob irgendwelche Zusicherungen bezüglich der zukünftigen Tarifgestaltung im Sinne einer allgemeinen Verbilligung gegeben werden können. Eine weitere Resolution, in der die Reichsregierung ersucht wird, bei Vergebung von Aufträgen, insbesondere von Bauaufträgen, das ortsansässige Handwerk und Gewerbe in größerem Umfange zu berücksichtigen; und eine Zentrumsresolution, worin die Reichsregierung ersucht wird, unverzüglich zu prüfen, in welcher Weise dem durch weitere Vertiefung und Verbreiterung der Unterweser schwer geschädigten Unterweserhäfen geholfen werden kann, und die erforderlichen Mittel im nächsten Haushalt anzufordern.

*

Staatssekretär **Gutbrod** erklärte, daß der Gesamtkostenaufwand für alle teils begonnenen, teils durch das Reichsverkehrsministerium projektierten Kanalpläne bis auf die nächsten 10 Jahre sich auf insgesamt 650 Millionen Mark belaufen würden. Die von den Interessenten neugeforderterten, aber noch nicht in den Etat eingestellten Kanalstrekken würden 600 Millionen Reichsmark erfordern. Die Anpassung unseres Landstraßennetzes an die Anforderungen unseres Autoverkehrs, die im wesentlichen den Ländern obliegt, würden insgesamt 1 800 Millionen erfordern, d. h. auf 10 bis 15 Jahre verteilt 180 bzw. 120 Millionen jährlich. Für den Luftverkehr seien 1926 insgesamt 41 Millionen RM. bewilligt und 1927 insgesamt 37 Millionen angefordert.

Ministerialrat **Höbel** berichtete über die im Etat vorgesehenen Wasserstraßen. Die Regierung sei an **folgenden Wasserstraßen** interessiert: Mittellandkanal, **Rhein-Main-Donau-Kanal, Neckarkanalisierung,** Ihle—Plauerkanal, Verbesserung des Hohenzollern- u. Oder—Spree-Kanal, Wesel—Datteln—Hamm—Lippstadt—Küstenkanal u. Oberbauten mit der Ottmachauer Talsperre. In **Süddeutschland** würde der Neckar bis Heilbronn, der Main bis Würzburg dem Kanalverkehr zugänglich gemacht. Die Donau muß endlich bis Regensburg schiffbar gemacht werden.

Neu hinzugekommen sei auf Antrag Bremens und Preußens im Reichsrat die Kanalisierung der Weser von Minden bis Bremen, die Umkanalisierung des veralteten Untermains bis Frankfurt a. M. Diese neue Forderung für Kanalbauten umfasse etwa 300 Millionen Mark, deren Verteilung sich aber auf 10 Jahre erstrecken würde. Bei den Linksrheinischen Kanalprojekten, dem Aachen—Rhein-Kanal, dem Hansa-Kanal und Plötzenitz-Kanal, der Moselkanalisierung und dem Saar—Pfalz-Kanal trete das Reich der preußischen Auffassung bei.

Reichsverkehrsminister **Koch** gab zur Kanalfrage eine **Erklärung der Reichsregierung** ab. Er verwies auf die in der Öffentlichkeit eingetretene kritischere Stimmung gegenüber den Kanalbauten und erklärte, nicht in der Lage zu sein, **neuen Wünschen** ohne weiteres nachzugeben. Bezüglich der in den Staatsverträgen vereinbarten Kanalbauten dürfe man jedoch das Steuer nicht ständig herumwerfen. Die Länder müßten vielmehr das Gefühl haben, daß **einmal getroffene Abmachungen auch gehalten würden.** Die Reichsbahn habe bezüglich der Wasserstraßen in der Hauptsache finanzielle Bedenken geäußert. Hier sei die ganze Frage letzten Endes eine **Tariffrage.** Die Reichsbahn habe sich noch nicht entschließen können, die von der Wirtschaft **verlangten billigeren Tarife** zu schaffen. Es komme daher zu keiner Einigung über die Berechnungsgrundlagen. Es sei lediglich eine Vertrauensfrage, ob der Haushaltsausschuß unter solchen schwankenden Vorbedingungen auf die Kanalbauten verzichten wolle. Es sei nicht zu verkennen, daß **gegenüber der Reichsbahn starkes Mißtrauen** Platz greife. Der Minister betonte zum Schlusse, daß selbstverständlich die Reichsbahn in keiner Weise vernachlässigt werden dürfe, da diese Hauptverkehrsmittel bleiben werde, auch wenn das deutsche Kanalnetz weiter ausgebaut worden sei. Angesichts der abgeschlossenen Staatsverträge bitte er jedoch den Haushaltsausschuß, die im Etat vorgesehenen Mittel für die Kanalbauten zu bewilligen.

Die Ausnutzung der Wasserkräfte in der Schweiz

Im Vorstand des Aargauischen Wasserwirtschaftsverbandes wurde, wie aus **Aarau** gemeldet wird, mitgeteilt, daß die Konzessionsbewerber für das neue Kraftwerk **Klingnau,** die Ingenieure Moor und Affeltganger in Zürich die Inangriffnahme des Baues sofort nach der Konzessionserteilung versprochen haben. Es handelt sich um die Ausnützung der unteren Gefällstufe Beznau-Koblenz, ein Projekt der Nok (Nordostschweizerische Kraftwerke) für das Gipingerwerk (Brugg-Koblenz), das diese aber wegen des neuen Rheinkraftwerkes Ryburg-Schwörstadt nicht scheinen ausführen zu wollen. Aus dem Kraftwerk Klingnau, dessen Kraft nach Württemberg ausgeführt werden soll, können 28 000 bis 30 000 PS gewonnen werden, oder im Jahresdurchschnitt 200 000 Kilowattstunden. Für den Bau und den Betrieb des Werkes soll eine schweizerische Gesellschaft gegründet werden. Die technische Kommission des Aargauischen Wasserwirtschaftsverbandes wurde beauftragt, zu prüfen, ob der ein- oder zweistufige Ausbau der unteren Gefällstufe erforderlich sei.

Die Tarifverhandlungen im Ruhrbergbau. Die Schlichtungsverhandlungen, in denen die hauptsächlichsten Streitpunkte betreffend die Arbeitszeit, Urlaub und Gedingeregelung ausführlich erörtert wurden, führten wie aus Essen gemeldet wird, zu keiner Einigung zwischen den Parteien. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde eine Schlichtungskammer gebildet, die unter dem Vorsitz des Schlichters, Landgerichtsdirektor Dr. Jötten, heute zusammentritt.

Rückgang der deutschen Bücherproduktion. Nach dem Börsenblatt für den deutschen Buchhandel ist für 1926 ein Rückgang der deutschen Bücherproduktion festzustellen, der sich auf 5 Proz. beläuft, und zwar beträgt die Zahl der Veröffentlichungen im Jahre 1926 30 064, während es 1925 31 595 Einheiten waren. Davon sind 1926 insgesamt 23 757 Neuerscheinungen und 6307 Neuauflagen gewesen. Den ziffernmäßig größten Rückgang hat die schöne Literatur zu verzeichnen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Verfassungsausschuß

begann am Montag die Beratung über das **Kirchenvermögensgesetz.**

Berichterstatter Abg. Dr. **Glockner** führte u. a. aus, der vorliegende Gesetzentwurf wolle die freie und selbständige Vermögensverwaltung der Religionsgemeinschaften bringen. Der jetzige Zustand sei unbefriedigend. Ähnlich wie in Württemberg sollten die Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirche eine Gesamtregelung erfahren, insofern dies durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht geschehe, habe er grundsätzliche Bedenken. Er stimme dem Gedankengang des Gesetzes und seiner Begründung zu. Das Gesetz bedürfe wohl einer für Verfassungsänderungen notwendigen Mehrheit.

Der verfassungsändernde Charakter wird in der Diskussion von anderer Seite in Abrede gestellt. — Ein Zentrumsredner pflichtet der Auffassung der Regierung bei und spricht sich für die Beseitigung der Reste von Staatskirchentum und Staatskirchenhoheit, wie sie noch bestehen, aus. Der Art. 137 der Reichsverfassung sei geltendes Recht, und die Religionsgesellschaften ohne weiteres befugt, die freie kirchliche Vermögensverwaltung zu errichten. — Ein sozialdem. Redner erklärt das Gesetz als Ausführungsgesetz für notwendig. Die Sozialdemokratie wolle eine Trennung der Einflußsphäre von Staat und Kirche. Die Grundlage des Gesetzes werde gebilligt. — Ein Redner der Bürgerlichen Vereinigung spricht sich für Trennung von Kirche und Staat aus. — Ein Redner der Deutschen Volkspartei billigt gleichfalls die Tendenz des Gesetzes. — Ein Redner der Kommunisten erklärt sich grundsätzlich für Trennung von Staat u. Kirche.

Unterrichtsminister **Leers** führt aus, das Gesetz wolle lediglich die notwendigen Übergangsvorschriften schaffen, damit die Kirchen die **selbständige Vermögensverwaltung** übernehmen können. Der Gesetzentwurf habe keinen verfassungsändernden Charakter. An eine ins einzelne gehende Kontrolle der Religionsgemeinschaften sei nicht gedacht, sondern nur daran, daß in ganz seltenen Fällen von dem Rechte des Staates, Einspruch zu erheben, Gebrauch gemacht werden könne. Eine dauernde Kirchenaufsicht sei ausgeschlossen. Eine Erörterung der Frage der Dotation oder der Vermögensansprüche der Kirche im Zusammenhang mit diesem Gesetz sei weder erforderlich noch zweckmäßig. Man solle den Kirchen die Freiheit lassen, ob sie von der Möglichkeit der eigenen Vermögensverwaltung Gebrauch machen wollen oder nicht.

Hierauf wurde in die **Einzelberatung** eingetreten. Der § 2 des Gesetzentwurfes regelt die Anforderungen, die der Staat an die von der Kirche aufzustellende Satzung stellen kann. Die Abstimmung über die §§ 2—5, welche im großen und ganzen unbeanstandet bleiben, wurde ausgesetzt, da erst geklärt werden soll, ob überhaupt ins einzelne gehende Bestimmungen im Gesetze Raum finden sollen. Der § 6 des Gesetzes sieht vor, daß das Ministerium Gesetzwidrigkeiten bei Verwaltung des Vermögens der Religionsgemeinschaften beanstanden kann, wenn nicht dem durch die Gesetzwidrigkeit Verletzten der Rechtsweg oder der Verwaltungsrechtsweg offen steht.

Die Beratung wurde auf Dienstag vertagt.

Vollversammlung der Landwirtschaftskammer

Am 22. März 8 Uhr nachmittags tritt die Badische Landwirtschaftskammer zu ihrer 31. ordentlichen Vollversammlung im Landtagsgebäude zu **Karlsruhe** zusammen. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich.

Die Fernschnellzüge

Die Fernschnellzüge D 163/64 Holland—Rheinland—Baden—Schweiz werden nach dem neuen Fahrplan ab Mitte Mai zwischen Mannheim und Karlsruhe nicht mehr über Schwetzingen laufen, sondern über Heidelberg, um dort eine Verbindung mit den Fernschnellzügen Berlin bzw. Hamburg nach Basel zu erreichen. Dadurch wird auch eine Schnellverbindung Berlin bzw. Hamburg über den Schwarzwald nach dem Bodensee geschaffen, weil in Offenburg die Schnellzüge D 157/58 über die Schwarzwaldbahn angeschlossen werden.

Der Tarifspruch für die badisch-pfälzische Chemieindustrie

DZ. **Ludwigshafen,** 13. März. Die durch Spruch des Haupttarifamtes Berlin für die **Chemieindustrie Baden-Pfalz** festgesetzte Lohnerhöhung von 67 auf 73 Pfennig für den Ecklohn gilt rückwirkend ab 1. März und läuft bis 31. März 1928. Beim Handwerker beträgt die Lohnerhöhung 6,9 Pfennige auf 84 Pfennige.

Tagungen

Die Hauptversammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland nicht in Freiburg. Unvorhergesehener Hindernisse wegen kann die für Pfingsten in Freiburg beabsichtigte Hauptversammlung des Deutschtums im Ausland nicht stattfinden. Dafür hat der Hauptvorstand beschlossen, einer Einladung der alten Kaiserstadt Goslar Folge zu leisten. Diese Feststellung ist für Freiburg umso betrüblicher, als man gehofft hatte, den Gästen aus ganz Deutschland die Schönheit des Hochschwarzwaldes zu zeigen und gerade den vielen Tausenden von Jugendlichen Gelegenheit zu bieten, auch das schöne Südland des Deutschen Reiches kennen zu lernen. Der Verein wird aber versuchen, einer Einladung der Stadt Freiburg in einem der nächsten Jahre zu folgen.

Badischer Schwarzwaldverein. Die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Schwarzwaldvereins findet in den Tagen vom 28. bis 30. Mai in den Mauern **Lörrachs** statt. Die Sektion Lörrach trifft bereits die Vorbereitungen für die Aufnahme der Gäste. Das Programm des dritten Tages wird völlig von der Sektion Basel des Badischen Schwarzwaldvereins bestritten. U. a. ist von den Baslern eine Dampferfahrt auf dem Rhein mit Augusta Rauracorum und nach Rheinfelden vorgesehen.

Die Fachgruppe der Feldpolizeibeamten Badens hielt in **Ettlingen** ihre erste Landestagung ab. Vorsitzender ist Oberfeldhüter **Spieß**-Heidelberg.

Berichtigung: In dem Artikel über „**Hagelschäden und Hagelversicherungen in Baden 1926**" in der Samstagausgabe der „Karlsruher Zeitung" (Nr. 60) ist in Zeile 34 von oben statt 10 000 die Zahl 100 000 zu lesen, ferner in der letzten Zeile statt 1 169 130 M. die Zahl 1 669 130 M.

Die Heidelberg—Schwetzinger Straßenbahn. Wie die „Heidelberger N. N." zu melden wissen, wird der Betrieb der Straßenbahnlinie Heidelberg—Schwetzingen bereits am 9. April eröffnet werden, sofern nicht noch unvorhergesehene Hindernisse eintreten.

Räumungs-Verkauf wegen Geschäftsverlegung Gelegenheitskäufe in gutem Wandschmuck für jedes Heim zu billigsten Preisen u. erleichterten Zahlungsbed. 879 **E. Büchle** Inhaber: W. Bertsch KUNST-HANDLUNG Kaiserstraße 128

Landestagung des Bühnenvolksbundes

Am Samstag und Sonntag hat in **Karlsruhe** die erste Landestagung des Bühnenvolksbundes für **Baden** und Hohenzollern stattgefunden. Der Samstag brachte eine sehr gut besuchte Abendveranstaltung im Eintrachtsaale, wobei erste Künstler mitwirkten. Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. den Ministerialdirektor Dr. **Huber** vom Unterrichtsministerium.

Im Verlaufe des Abends ergriff der 1. Vorsitzende des Bühnenvolksbundes, Staatsminister a. D. **Boelitz** das Wort zu einer Ansprache über Zweck und Ziel des vor acht Jahren gegründeten Bundes. Er wolle eintreten in die Reihen der Streiter, die dafür sorgen, daß das deutsche Volk seine Seele nicht verliert. Nachdem wir durch den Krieg äußerlich arm geworden seien, erwachse uns die Verpflichtung, innerlich reich zu werden. Man wolle das Volk wieder hinführen zu den Kulturgütern aus großer Zeit, auf daß es sich vom Schicksal nicht zermalmen lasse, sondern die Kraft habe, emporzukommen, einer besseren Zeit entgegen. Zum Wiederaufbau sei es unbedingt notwendig, alle sittlichen und religiösen Kräfte mobil zu machen. Wie könnte dies besser geschehen als durch die wunderbare Kunst, als durch das Theater und das gesprochene Wort. Wir sind zwar mit 800 000 Mitgliedern eine noch kleine Theatergemeinde. Gleichwohl liegt viel Kraft darin. Groß ist auch die Verantwortung jedes Einzelnen. Arbeiten wir getreu am geistig-sittlichen Aufbau und lassen wir auch die Jugend zu uns reden, dann kann es uns um die Zukunft unseres Vaterlandes nicht bange sein. (Lebhafter Beifall.)

Dann äußerte sich der Geschäftsführer des Bühnenvolksbundes, **Schmidt**, Berlin, über die zu leistende Fülle von Kleinarbeit. Er zollte dem Lande Baden Dank und Anerkennung dafür, daß es so viel und vorbildlich im Sinne der Bundesbestrebungen gewirkt hat, und stellte fest, daß Baden die verhältnismäßig größte Zahl künstlerisch hochstehender und mit Staatsmitteln unterstützter Kulturtheater besitze. Und die an der Spitze stehen, seien als Führer anzusprechen. Der Redner erwähnte insbesondere die Wandertheater und Heimatspiele als Aufgabengebiet des Bühnenvolksbundes und gedachte rühmend des **Ötigheimer Werkes** des Ehrenmitgliedes Pfarrer **Saier**. Der Bund habe auch immer die Gemeinnützigkeit des Theaters betont. Wie sich die Jugend in den Dienst der Sache stellen könne, das zeige sich an den **Überlinger Münsterspielen**. Der Redner schloß gleichfalls mit dem warmen Appell zur Mithilfe bei der Volksbildungsarbeit des Bundes.

Am Sonntag Vormittag tagten im früheren Prinz-Max-Palais die **Obmänner der Theatergemeinden** unter Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. **Moekel, Mannheim.**

Über den Stand der Bühnenvolksbundbewegung in Baden berichtete der geschäftsführende Direktor Robert **Ebert**, Mannheim, der u. a. die Aufführung der vom Bühnenvolksbund verlegten Bühnenwerke Weinreichs (Columbus) am Nationaltheater und Wiesmantels (Totentanz) am Landestheater erwähnte. An der Aussprache beteiligten sich Pfarrer **Hindenlang** von der Landesspielberatungsstelle, Prof. **Wohlleb**, Freiburg, Kreisschulrat **Reinfurth**, Lahr, Prof. **Gutmann**, Rastatt, Direktor **Schubert**, Achern und Lehrer **Burgert**, Furtwangen. Von den meisten Rednern wurde die mangelnde Unterstützung durch die kulturell führenden Kreise namentlich die kirchlichen beklagt die der Vereinsbühne oft den Vorzug geben wie auch die mangelnde Berücksichtigung in der Lokalpresse. Die Arbeit der Badischen Bühne die im Berichtsjahr 24 badische Spielorte und fünf außerbadische Orte (darunter Pirmasens) bespielte, beleuchtete Intendant Egon **Schmid**. Generaldirektor **Gerst** hob die Bedeutsamkeit der Theatergemeinden als Rückendeckung der wirtschaftlich hartbedrängten deutschen Bühne hervor.

Zum Landesobmann und Vertreter für den Bundesausschuß wurde Dr. **Moekel**, zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied Direktor **Ebert** gewählt. Generaldirektor **Gerst** wandte sich gegen den dilettantischen Vereinstheaterunfug, der vor allem durch die Pflege des Jugendspiels als Erziehungsmittel zum künstlerischen Erleben bekämpft werden soll. Auch hält der Redner eine volksbildnerische Absicht in den Kritiken der Lokalpresse für unerläßlich.

In seinem Schlußwort gab Staatsminister a. D. **Bölitz** seiner Freude Ausdruck über die bei den Verhandlungen zutage getretene Einmütigkeit.

Aus dem Schwetzinger Verkehrsverein. In der Hauptversammlung des Verkehrsvereins **Schwetzingen** machte Bürgermeister **Götz** die Mitteilung, daß in absehbarer Zeit ein großzügiger Umbau des Schwetzinger Bahnhofes geplant sei. — In der nächsten Sitzung des Schloßgartenbeirats wird der Vorstand des Vereins den Vorschlag unterbreiten, eine Ermäßigung der Schloßgarten-Eintrittspreise an Werktagen eintreten zu lassen. — Bei Besserung der Finanzlage der Stadt soll das Projekt der Erstellung eines würdigen Kriegerdenkmals erwogen werden. — Das Spargelfest ist nunmehr endgültig auf Sonntag, den 12. Juni 1927, festgelegt und soll alljährlich am ersten Sonntag nach Pfingsten stattfinden.

Gemeinde-Rundschau

Der **Bürgerausschuß Mannheim** beschäftigte sich am Freitag in der Hauptsache mit **Straßenbaufragen**. Die Tagesordnung, die u. a. die Erweiterung des Städtischen Straßennetzes durch Straßen- und Kanalbauten, ferner die Entwässerung von Feudenheim, die Herstellung von Straßen im Stadtteil Sandhofen-Neckarau sowie die Überlassung von Erweiterungsgelände an den Verein Wöchnerinnenasyl Luisenheim, Umbau des Kesselhauses im Elektrizitätswerk Industriehafen zu Lagerräumen, die Angliederung eines Fußgängerstegs an die Riedbahnbrücke und die Übernahme des Fußgängerstegs an die Reichsbahn im Bahnhof Mannheim-Neckarau, schließlich noch die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an die städtischen Beamten, Angestellten und Aushelfer zum Gegenstand hatte, wurde reibungslos erledigt. Es wurden sämtliche Positionen genehmigt. Auch die formelle Zustimmung zu einem bereits gefaßten Gemeinderatsbeschluß auf Aufnahme eines Darlehens zur Förderung des Wohnungsbaues in Höhe von 3,8 Millionen RM., wurde gegeben. Schließlich wurden auf Antrag sämtlicher Parteien beschlossen, die Beratung des **Mannheimer Etats**, die ursprünglich für den 24. März mit einer Beratungsdauer von acht Tagen vorgesehen war, bis nach Ostern zu verabschieden.

Ein begehrter Posten. Für den Verkehrsdirektorposten in **Heidelberg** haben sich insgesamt 95 Bewerber gemeldet, darunter 31 aus Heidelberg.

Der Bürgerausschuß Ettlingen genehmigte einstimmig die Erhöhung des Baudarlehenskredites um weitere 100 000 M., sowie die Straßen- und Leitungsherstellung im ehemaligen Schloßgarten. Zu einer längeren Aussprache führte die Vorlage betreffend Errichtung einer Aufbauschule, die mit gymnasialem Lehrplan im Gebäude des früheren Lehrerseminars untergebracht werden sollte und zwar unter der Bedingung, daß die Stadt die Hälfte der Kosten des Personalaufwands trägt. Die Mehrheit des Kollegiums war der Auffassung, daß der Staat die vielen Kosten übernehmen solle. Die Vorlage wurde schließlich mit 41 gegen 22 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Bahnhof Bühl. Das Bürgermeister Bühl hat an die Reichsbahndirektion Karlsruhe ein Schreiben gerichtet, worin Bezug genommen wird auf eine Zuschrift des Präsidenten, die in Aussicht stellt, daß Pläne und Projekte zwecks Herbeiführung einer baulichen Umänderung am **Bahnhof Bühl** bearbeitet werden sollen. Die Gemeindeverwaltung Bühl spricht die Bitte aus, die erwähnten baulichen Veränderungen möglichst bald in Angriff zu nehmen, nachdem es den Bemühungen des Stadtrats von Villingen gelungen ist, für den dortigen Platz eine Unterführung zu erreichen.

Faltbootsport und Angler. In der letzten Sitzung des Bezirksrats **Offenburg** wurde die grundsätzliche Frage der Faltbootfahrt auf der **Kinzig** insofern berührt, als wegen der Vorstellung der Angler wohl eine bezirkspolizeiliche Verordnung in Aussicht steht, die die Bottsfahrt auf gewisse Teile der Kinzig beschränkt. An und für sich ist die Kinzig Flußwasser und damit schiffbares Gewässer; der Floßbetrieb ruht zwar, kann aber jederzeit wieder aufgenommen werden. Die Angelfischerei hat nun großen Umfang angenommen, und die Angelfischer machen geltend, daß durch das Bootfahren ihre Aufwendungen für Fischnachzucht und Fischpflege illusorisch gemacht würden. Die badische Fischerzeitung veröffentlichte allerdings dieser Tage einen Aufsatz, in dem gezeigt war, daß die Fischhaltung viel weniger durch die kleinen Faltboote, als durch die großen Rheinboote gestört wurde. Diese Fragen wurden jedoch in der Bezirksratssitzung nur gestreift, ohne daß eine grundsätzliche Erörterung stattfand.

Darlehensanleihe der Stadt Offenburg. Eine sehr günstige Anleihe konnte die Stadt Offenburg bei der Süddeutschen Diskontogesellschaft aufnehmen. Die Stadt erhält 1,3 Millionen Goldmark zu einem Auszahlungskurs von 100, einem Zins von 6 Proz. Die Tilgung soll in einem Gesamtzeitraum von 32 Jahren erfolgen. Es ist das beste Angebot, das Offenburg in der letzten Zeit auf dem Darlehensmarkte erhalten hat. Das Geld soll zu Notstandsarbeiten, für Wohnungsbauten und Tilgung eines im vorigen Jahre aufgenommenen kurzfristigen Anlehens von 500 000 M. verwendet werden.

Ein Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege in Lörrach. In einer gemeinsamen Versammlung der Vertreter der Lörracher Sportvereine und der Jugendpflegeorganisationen wurde die Gründung eines Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege beschlossen, dem sämtliche bisher bereits dem Stadtverband für Leibesübungen angeschlossenen 18 Sportvereine, sowie sämtliche hiesigen Organisationen, die sich der Jugendpflege widmen, angehören sollen.

Im Bürgerausschuß Rheinfelden konnte mitgeteilt werden, daß sich das Gemeindevermögen von 801 000 M. im Jahre 1920 auf 1 831 000 M. bis jetzt erhöht hat. Der Erwerbung von Bau- und Straßengelände in größerem Umfange wurde zugestimmt. Es wurden Kanalisationsarbeiten mit einem Kostenaufwand von 10 200 M. bewilligt, für die 160 Erwerbslosen Notstandsarbeiten in Höhe von etwa 13 600 M.

Der Ausbau des Aachwerkes zur besseren Ausnutzung der Wasserkraft der Aach geht, wie aus **Volkertshausen** berichtet wird, seiner Vollendung entgegen. Seit vergangenem Herbst wurde der Aachkanal von der Weberei Aach an bis zum sogenannten Primärwerk in der Mitte zwischen Aach und Volkertshausen verbreitert und vertieft, so daß er jetzt statt der früheren 5 Kubikmeter in der Sekunde, deren 10 fassen kann. Dadurch ist er jetzt imstande, die gesamte Wassermenge der Aach bei Mittelwasserstand zur Krafterzeugung zu fassen und fortzuleiten. Hand in Hand mit der Vergrößerung des Kanals ging der Ausbau des Primärwerks. Der Umbau des Transformators und der Verteilerstation ist bereits fertig. Das neue Werk, dessen Inbetriebnahme in drei bis vier Wochen zu erwarten ist, wird künftig zusammen mit dem kleineren Kraftwerk imstande sein, die sämtlichen Werke der Firma ten Brink in Aach, Volkertshausen und Arlen mit Kraft- und Lichtstrom zu versehen. Bei den Arbeiten wurde beobachtet, daß längs des Kanals Quellen, die offenbar wie die Aach selber vom versickerten Donauwasser herrühren, angeschnitten wurden. Die eine davon liefert eine Wassermenge von einem Sekundenliter.

Aus der Landeshauptstadt

Pestalozzi-Gedächtnisfeier in der Festhalle. Wie bereits bekannt geworden, veranstaltet die Stadtgemeinde Karlsruhe in Verbindung mit der Karlsruher Lehrerschaft kommenden Samstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im großen Saale der städtischen Festhalle, eine Gedächtnis-Feier für Johann Heinrich Pestalozzi aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr seines Todestages († 17. Februar 1827). In freundlicher Weise haben sich für diese Feier zur Verfügung gestellt der Karlsruher Lehrergesangverein unter Leitung seines Dirigenten, Dr. **Heinz Knöll**, 1. Kapellmeister am Badischen Landestheater, Universitätsprofessor Dr. Ernst **Hoffmann**, Heidelberg, der die Gedächtnisansprache halten wird, Herr Felix **Baumbach**, Oberspielleiter am Badischen Landestheater, der den Vortrag eines Prologs und verschiedener Gedichte auf Pestalozzi übernommen hat, und Musiklehrer Ernst Stadelhofer, Meisterschüler von Direktor Franz **Philipp**, des Leiters der **Badischen Orgelschule**, der Orgelstücke zum Vortrag bringen wird. Im einzelnen sieht das Programm folgendes vor: 1. Orgelvortrag: G-moll Konzert, Larghetto, v. Gg. Friedrich Händel; 2. Prolog; 3. „O Schutzgeist alles Schönen", Männerchor (mit Orgelbegleitung) v. W. A. Mozart; 4. Gedächtnisansprache; 5. „Träumen und Wachen", Männerchor, v. A. Bruckner; 6. Gedichte auf Pestalozzi; 7. Altdeutscher Hymnus, Männerchor, v. R. Volkmann; 8. Orgelvortrag: Tedeum, op. 59, v. M. Reger. Jedermann ist zu der Feier eingeladen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben; besondere Einladungen ergehen nicht. Für die Spitzen der Behörden sind einige Stuhlreihen der I. Abteilung im Saal vorbehalten.

Goldene Hochzeit. Der Seniorchef der Sinner-A.-G., Geh. Kommerzienrat Generaldirektor Dr. ing. h. c. **Robert Sinner**, kann heute das Fest der goldenen Hochzeit begehen. Am 12. April 1924 beging er im Kreise seiner Mitarbeiter sein 60jähriges Dienstjubiläum. Der Jubilar ist am 10. Januar 1850 zu Grünwinkel als Sohn des Brauereibesitzers Georg Sinner geboren. Der Jubilar hat den Krieg von 1870/71 als Einjähriger im Leibgrenadierregiment 109 mitgemacht und wurde bei Nuits verwundet.

Das Leibdragonerdenkmal in Karlsruhe. Nachdem viele Schwierigkeiten überwunden worden sind, ist die Denkmalsfrage der ehem. Karlsruher Leibdragoner jetzt der Erfüllung einen Schritt näher gekommen. In der letzten Sitzung des Denkmalsausschusses wurde den Anwesenden die in Ton gefertigte Skizze eines „Dragoners zu Pferd", entworfen von Prof. **Ezard** an der Karlsruher Kunstschule gezeigt. Unter etwa 40 anderen Entwürfen wurde dieser als die geeignetste Lösung betrachtet. Die Ausführung des Denkmals kann in Angriff genommen werden, sobald die nötigen Mittel zur Verfügung stehen.

Das Badische Landestheater sieht sich veranlaßt, mitzuteilen, daß die Veranstaltung des Bühnentees im Warenhaus Tietz **keine Veranstaltung des Landestheaters** darstellt, sondern von einzelnen Bühnenmitgliedern im Interesse der Pensionsanstalt der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen ausgeht.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Als dreizehnte Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige findet am Sonntag, den 20. März, nachm. 3 Uhr eine Wiederholung von Verdis **„Troubadour"** statt. Abends. 7½ Uhr geht nach zweijähriger Pause d' Alberts Musikdrama **„Tiefland"** in Szene. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Dr. Heinz Knöll, die szenische Leitung in Händen von Otto Krauß. Am Montag, den 21. März gelangt in der städt. Festhalle das V. **Volks-Sinfoniekonzert** mit Werken von Beethoven zur Aufführung. Leitung: Dr. Heinz Knöll, Solist: Alfred Hoehn. Für die „Volksbühne" geht am Mittwoch, den 16. März, Shakespeares Lustspiel **„Wie es euch gefällt"** in Szene. — **„Die Welt, in der man sich langweilt"** von Edmund Pailleron, eines der besten Werke der französischen Lustspielliteratur, das auch jüngst wieder in den Spielplan aufgenommen wurde, kommt am Samstag, den 19. März, neueinstudiert nach 21 Jahren zur Wiederaufführung. Für die Rolle der „Herzogin" ist **Rosa Bertens** zu einmaligem Gastspiel gewonnen und damit Gelegenheit gegeben, die gefeierte Künstlerin in einer ihrer glänzendsten Charakterdarstellungen zu sehen. Am selben Tage geht als „Volksschulvorstellung" Schillers **„Verschwörung des Fiesko zu Genua"** in Szene (Beginn 3 Uhr). Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 20. März der ausgelassene Schwank **„Stöpsel"** wiederholt.

Balalaika-Orchester. Nach Jahresfrist wird kommenden Donnerstag, den 17. März im Eintrachtssaale wiederum die 1. Russische Konzertgesellschaft unter Leitung von Dr. Swerkoff bei uns konzertieren. Dies einzigartige Ensemble, das neuerdings durch einen Männerchor erweitert worden ist, hat mit außerordentlichem Erfolg in Deutschland, Holland, Belgien, Schweiz, Tschechoslowakei, Spanien, Argentinien, Uruguay usw. mehr als 1800 Konzerte absolviert davon allein in Deutschland mehr als 1000. Durch Balalaika-Solovorträge in höchster Vollendung und durch russische National- und Volkstänze wird für erfreuliche Abwechslung gesorgt. Da mit starkem Besuch zu rechnen ist, empfiehlt es sich, die Karten rechtzeitig bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39, zu lösen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die unbeständige, naßkalte Witterung hielt auch gestern an. Im Gebirge ist bei Frost neuer Schneefall eingetreten. Heute Morgen herrscht noch wolkiges Wetter mit örtlichen Frühnebeln und vereinzelten Schneefällen im Gebirge. Der hohe Druck hat sich nach Südwesten ausgebreitet. Das Aufheiterungsgebiet auf seiner Osthälfte reicht bereits bis nach Mitteldeutschland, so daß auch bei uns noch im Laufe des heutigen Tages mit Lockerung der Wolkendecke zu rechnen ist. Für die Nacht besteht daher Frostgefahr in der Ebene. **Voraussichtl. Witterung** für 16. März: ziemlich heiter und meist trocken mit Nachtfrostgefahr in der Ebene, im Gebirge heiteres Frostwetter.

Bunter Bühnen-Tee bei Tietz

In Verbindung mit der Karlsruher Ortsgruppe der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen veranstaltet die Firma **Hermann Tietz** zugunsten der Wohlfahrtskasse und insbesondere der neuzugründenden Pensionskasse dieser Vereinigung an drei Nachmittagen einen **Bunten Bühnen-Tee**. Man hat hier in Karlsruhe Ähnliches noch nicht oft erlebt. Wohl gab es schon wiederholt Veranstaltungen einzelner Firmen, bei denen auch einige Künstler im Rahmen einer üblichen Modeschau mitwirkten. Daß aber fast alle Mitglieder des badischen Landestheaters sowohl von der Oper wie vom Schauspiel beteiligt sind, ist etwas Neues und übt deshalb zweifellos auch eine so große Anziehungskraft, daß für den wohltätigen Zweck von vornherein eine bedeutende Summe gesichert scheint. Gleich der erste Nachmittag brachte ein vollbesetztes Haus. Die oberen Räume des bekannten Warenhauses sind dafür entsprechend hergerichtet worden. Eine behagliche auf Rot und Weiß abgetönte Stimmung empfängt den Zuschauer. Eine Abteilung der **Polizeikapelle** sorgt für musikalische Unterhaltung vor und zwischen den einzelnen Vorträgen. Es gibt von ¼4 bis 6 Uhr aber überhaupt kaum eine Unterbrechung, und wenn schon einmal die verschiedenen Solisten nicht auftreten, entzücken hübsche Mannequins auf einem eigens für sie errichteten Laufsteg bei der Vorführung der neuesten Frühjahrs- und Sommertoiletten das Auge. Das Podium bleibt den Künstlern reserviert; sie haben am Montagnachmittag von diesem Privileg recht ausgiebig Gebrauch gemacht. Die Herren **Felix Baumbach** und **Hans Blum** hatten alle Mühe, mehr oder minder humoristisch das umfangreiche Programm anzusagen und im fünf Minuten-Abstand rechtzeitig abzuwickeln. Es muß genügen, die Hauptbeteiligten des ersten Tees hier ganz kurz zu nennen. Von der Oper ließen sich hören **Malie Fanz, Christian Sander, Wilhelm Nentwig** und **Karlheinz Löser**. Vom Schauspiel halfen mit: **Felix Dahlen, Ulrich von der Trenck, Paul Müller, Elfriede Albrecht** sowie **Evi und Alfons Kloeble**. Das Ballett hatte u.a. **Edith Bielefeld, Anni Heuser** u. **Selma Naugel** ins Treffen geschickt. Die Begleitung am Flügel besorgten **Josef Keilberth** und **Kurt Stern**. Außerdem erfreute **Ottomar Voigt** durch ein Violinsolo. Die zweieinhalb Stunden waren also überreichlich ausgefüllt und vergingen daher sehr amüsant. Der bunte Wechsel von Musik, Rezitation, Tanz, Kleinkunst und Modeschau wird auch an den noch folgenden zwei Nachmittagsveranstaltungen eine höchst vergnügliche Stimmung auslösen. H. Sch.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. „Lützows wilde verwegene Jagd". Im Gegensatz zu dem Film der letzten Woche, der uns in die deutsche Sagenwelt versetzte, führt uns diese Woche der Film neuere Geschichte vor. Keine Schlachten und Gefechte, die ja doch nur ein falsches Bild geben, sondern Theodor Körners letzte Liebe zu der schönen Schauspielerin Toni Adamberger, sein Eintritt in das Lützow'sche Korps und sein Heldentod ist der Gang der Handlung. Der erste Teil schildert uns den Aufenthalt Körners in Wien, seine Ernennung zum Theaterdichter am Wiener Hofe. Der Aufruf des Königs von Preußen „An mein Volk" veranlaßt Körner sich nach Breslau zu wenden, wo er sich dem Lützow'schen Jägerkorps anschließt. Bei einem Gefecht in der Nähe von Gadebusch wird Körner tödlich verwundet. Historische Szenen mit bekannten Persönlichkeiten wie Napoleon, Franz II. von Österreich, Friedrich Wilhelm III., Metternich, Stein, Hardenberg, Blücher, Goethe und Beethoven sind vorteilhaft eingeschoben. Zu bewundern ist die hervorragende Wiedergabe dieser einzelnen Personen. Der Film wird seine Wirkung bei dem Beschauer nicht verfehlen. Das Ganze ist mit einer stimmungsvollen Musikbegleitung umrahmt. Das Konzerthaus war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Robert Volkner Theaterdirektor in Prag. Wie aus Wien gemeldet wird, ist Robert **Volkner**, zuletzt Direktor der Neuen Wiener Bühne, früher Intendant des Badischen Landestheater in Karlsruhe zum Direktor des Deutschen Theaters in Prag ernannt worden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 13. März. Voraussichtlich an Ostern wird hier der **demokratische Reichsjugendtag** stattfinden, der mit einer Europakundgebung, einem Besuche des Grabes des Reichspräsidenten Fritz Ebert und einem Fackelzug durch Heidelberg verbunden sein wird.

DZ. **Osterburken**, 15. März. Eine weit über die Grenze der Main-Metropole hinaus hochgeschätzte und geachtete Persönlichkeit, Domkapitular Geistl. Rat Dr. Franz **Emmrich**, Päpstl. Hausprälat ist im 85. Lebensjahr †. Er war der Senior des Domkapitels Würzburg, seine Vaterstadt ist Amorbach.

DZ. **Ettlingen**, 15. März. Der „**Schultheiß von Ettlingen**", das von unserem Landsmann W. **Fladt**, Freiburg, verfaßte Heimatspiel soll in diesem Jahre hier zur Aufführung gelangen.

DZ. **Konstanz**, 14. März. Am Sonntag konnte hier in geistiger und körperlicher Frische der Geheime Kommerzienrat **Ludwig Strohmeyer** seinen **75. Geburtstag** begehen. Noch heute versieht er seinen Posten als Seniorchef der von ihm vor 55 Jahren gegründeten Weltfirma mit einer erstaunlichen Schaffens- und Tatkraft.

DZ. **Singen a. H.**, 14. März. Der **Arbeiterbildungsverein** beschloß, sich ein eigenes **Vereinshaus** zu erstellen, u. zwar an der Ecke der Praxedis-Radolfzellerstraße. Es soll sich dabei um ein 3½stöckiges Haus handeln, das neben Bibliotheks- und Versammlungsräumen eine Restauration und drei Wohnungen sowie fünf Einzelzimmer enthält. Der Saalanbau, für 400 Personen berechnet, erhält über der Bühne noch einen Aufbau mit einer Vierzimmerwohnung. Die Baukosten sind auf 120 000 Mark veranschlagt.

Mannheim, 12. März. Die **Volksschule** wird hier im laufenden Jahr von rund 24 800 Kindern besucht. Von diesen werden auf Ostern 1927 rund 3600 nach erfüllter Schulpflicht entlassen und voraussichtlich etwa 600 in die höheren Lehranstalten übertreten. Dem Zugang von 4700 Schulkindern wird somit ein Abgang von nur 4200 gegenüberstehen, so daß sich auf Beginn des neuen Schuljahres ein Ansteigen der Gesamtschülerzahl um rund 500 ergeben dürfte.

* **Ludwigshafen**, 14. März. Hier wurden im Zusammenhang mit dem Neubau eines Postamtsgebäudes **große Durchstechereien** aufgedeckt und bereits Verhaftungen vorgenommen. In die Sache verwickelt sind der Fabrikdirektor Wagner, Baurat Castel und der Beamte der J. G. Farbenindustrie Stampfer.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. März Geld	15. März Brief	14. März Geld	14. März Brief
Amsterdam 100 G.	168.41	168.83	168.44	168.86
Kopenhagen 100 Kr.	112.13	112.41	112,16	112.44
Italien . . 100 L.	19.19	19.23	18.90	18.94
London . . 1 Pfd.	20.424	20.476	20.425	20.477
Newyork . . 1 D.	4.2080	4.2180	4.2085	4.2185
Paris . 100 Fr.	16.47	16.51	16.465	16.505
Schweiz . 100 Fr.	80.985	81.185	80.96	81.10
Wien . . Schilling	59.24	59.38	59.24	59.38
Prag 100 Kr. 100	12.461	12.501	12.462	12.503

Verschiedenes

Das Urteil im Jürgensprozeß

Im Berliner Jürgensprozeß wurde am Montag mittag das **Urteil** gefällt. **Frau Jürgens** wurde zu **fünf Monaten Gefängnis** verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten, und im übrigen freigesprochen. Der Angeklagte Jürgens wurde freigesprochen. Das Gericht hielt einen Meineid der Frau Jürgens für erwiesen, hat die einjährige Zuchthausstrafe aber auf Grund des strafmildernden § 157 auf eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten herabgesetzt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sein sollen. Die Verhandlung habe keinen Anhalt dafür ergeben, daß der Angeklagte Jürgens bei dem vorgeworfenen Meineid schuldig ist. Die Ehefrau habe zweifellos ihren Mann hintergangen und es sei also anzunehmen, daß er nichts von jenen Schulden gewußt habe. Das Urteil findet, mit Ausnahme der „Roten Fahne", in keinem Berliner Blatte Widerspruch. Scharf kritisiert dagegen wird, besonders in den Zeitungen der Rechten, die Anklage und die Voruntersuchung. Auch die „Vossische Zeitung" sagt: Die Art der Anklageerhebung, das Aufbauschen unhaltbarer Anklagepunkte, wie die Auslegung belangloser Haushaltsschulden als Betrug oder Hehlerei, hatten von vornherein den Oberstaatsanwalt in die Defensive gedrängt.

Staatsanzeiger

Gestorben:

Bezirksbaumeister Georg **Ammann** in Bruchsal.

Gerichtsverwalter Franz **Wagner** beim Amtsgericht Schwetzingen.

Disconto-Gesellschaft
Berlin

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1926 ist erschienen und kann durch unser Archiv und unsere Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche Anforderung kostenlos bezogen werden

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland
Bankmäßige Geschäfte aller Art

218

Städtische Sparkasse Mosbach (Baden)

Oeffentliche mündelsichere Sparkasse mit Gemeindebürgschaft.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	5 886.40	1. Spareinlagen	1 007 452.95
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postscheckamt	113 505.36	2. Giro- und Kontokorrteinlagen	236 474.54
3. Wertpapiere	1.—	3. Sonstige Einlagen . .	8 027.30
4. Wechsel	96 607.41	4. Anlehens- und andere Schulden	111 266.98
5. Darlehen auf Hypotheken	284 042.29	5. Ausgaberückstände . .	2 153.24
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private .	537 101.60	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	337 868.33	a) gesetzl. Reservefonds .	33 285.76
8. Darlehen an Gemeinden	28 800.—	b) Sonderrücklage . . .	2 000.—
9. Einnahmerückstände .	17 400.97	c) Aufwertungsstock . .	28 711.93
10. Grundstücke u. Gebäude	41 400.—	7. Reingewinn vom Jahre 1926	33 241.66
11. Gerätschaften	1.—		
	1 462 614.36		1 462 614.36

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus RM 1 251 954.79 Einlagen . . . . RM 62 597.70
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 . . RM 62 597.70

Mosbach, den 21. Februar 1927. K.67

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Dr. Boulanger.
Der Geschäftsleiter: gez. Frank.

Öffentliche Verbands-Sparkasse Stockach.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	27 329.94	1. Spareinlagen	933 180.23
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postscheckamt	52 858.20	2. Giro- und Kontokorrteinlagen	90 887.68
3. Wertpapiere	—.—	3. Sonstige Einlagen . .	—.—
4. Wechsel	28 278.43	4. Anlehens- und andere Schulden	5 000.—
5. Darlehen auf Hypotheken	274 450.—	5. Ausgaberückstände . .	1 218.17
6. Grundstückskaufgelder .	34 203.—	6. Rücklagen:	
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private .	338 304.37	a) gesetzl. Reservefonds .	8 683.92
8. Darlehen auf Schuldschein	138 969.10	b) Sonderrücklage . . .	—.—
9. Darlehen an Gemeinden und Körperschaften . .	193 975.—	c) Aufwertungsstock . .	35 101.15
10. Einnahmerückstände .	5 153.85	7. Reingewinn vom Jahre 1926	19 452.74
11. Grundstücke u. Gebäude	1.—		
12. Gerätschaften . . .	1.—		
	1 093 523.89		1 093 523.89

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus RM 1 024 067.— Einlagen . . RM 51 203.35
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 . RM 28 136.66
Somit weniger . . . . . RM 23 066.69

Stockach, den 16. Februar 1927. K.52

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Lang.
Der Geschäftsleiter: Sorg.

Eintracht
Donnerstag, 17. März, 8 Uhr
I. Russ. Konzert-Gesellschaft
Leiter: Dr. E. Swerkoff
Balalaika-Orchester
Solistin: Elisabeth Wolgina, Balalaika-Virtuosin
Russischer Männerchor 215
Russ. National- und Volkstänze
Karten zu Mk. 1.50, 2.—. 2.50 und 3.— bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Hochbautechniker,

auf der Baustelle und in allen Büroarbeiten erfahren, guter Zeichner zum 1. April 1927 gesucht. Kenntnisse in Tiefbau, zum mindesten jedoch Erfahrung in Höhenaufnahmen und Planierungsarbeiten sind erwünscht. Meldungen mit Handskizzen, Zeugnisabschriften und Lebenslauf, sowie Gehaltsansprüchen sind bis **22. d. Mts.** einzureichen. 22B

Furtwangen, den 11. März 1927.

Das Stadtbauamt.

Stellenausschreiben.

Beim städtischen Rechnungsamt Freiburg i. Br. ist die Stelle eines Revisionsbeamten alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt im Beamtenverhältnis mit Einreihung in Gruppe VII oder VIII der Stadtbesoldungsordnung. Bei Bewährung besteht Beförderungsmöglichkeit nach der für die Rechnungsbeamten der Zentralverwaltung getroffenen Regelung.

Im Gemeinde- oder Stadtrechnungswesen durchaus erfahrene Bewerber mit erfolgreicher Tätigkeit auf diesen Gebieten, welche die städtische Obersekretärprüfung oder die staatliche Prüfung für den gehobenen mittleren Rechnungs- oder Finanzverwaltungsdienst bestanden haben, wollen ihre Gesuche bis **25. März d. J.** anher einreichen. G.210

Den Gesuchen ist anzuschließen: Ein selbstverfaßter und selbstgeschriebener Lebenslauf, ein Geburtsschein, ein auf Grund eines Strafregisterauszugs ausgestelltes Leumundszeugnis, der Nachweis der bestandenen Fachprüfung, lückenlose Beschäftigungs- und Führungszeugnisse in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift. Der in Aussicht genommene Bewerber hat sich vor der Anstellung einer ärztlichen Untersuchung durch das städt. Gesundheitsamt zu unterziehen.

Freiburg i. Br., den 8. März 1926.

Städtisches Rechnungsamt.

Badisches Landestheater

Mittwoch, 16. März 1927
Volksbühne 7

Wie es euch gefällt
von Shakespeare
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Herzog	v. d. Trenck
Celia	Rademacher
Verbannte Herzog	Prüter
Rosalinde	Fein
Probstein	Kloeble
Le Beau	Brand
Erster Edelmann	Kuhne
ZweiterEdelmann	Weidner
Charles	Hofbauer
Amiens	Dr. Storz
Jaques	Dahlen
Ein Edelmann	Löser
Pagen {	Seiberlich, Wanka
Oliver	Hierl
Jakob	Kuhnê
Orlando	Leitgeb
Adam	Gemmecke
Dennis	Mehner
Pfarrer	Höcker
Corinnus	Müller
Silvius	Graf
Wilhelm	Bockz
Phöbe	Moest
Kätchen	Albrecht
Hymen	Clement

Anfang 7½, Ende geg. 10½
I. Sperrsitz M. 5.—

Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten

Do. 17. März **Bonaparte**
Fr. 18. März **Aida**

K.70. **Bühl.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **J. Bierig und Rosenfeld** in Bühl ist zur Abstimmung über d. durch den Schuldner eingereichten Vorschlag zu einem Zwangsvergleich Termin vor dem Amtsgericht Bühl Abt. II, Zimmer Nr. 2 bestimmt auf: **Samstag, den 9. April 1927, vormittags ½10 Uhr.** Zwangsvergleichsvorschlag und Erklärung des Gläubigerausschusses sind in der Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Bühl, 14. März 1927.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

K. 71. **Bühl.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Hermann Reith, Schokolade- und Zuckerwarengroßhandlung** in Bühl wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters auf **Samstag, den 9. April 1927, vorm. 11 Uhr,** in das Amtsgericht Bühl bestimmt. Die Rechnung mit den Belegen ist auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Bühl, 10. März 1927.
Bad. Amtsgericht II.

Konkursverfahren.

K.64. **Freiburg.** Im Konkurs **Matth. Schlager**, Freiburg, stehen zur Verteilung RM. 136,57, welche den Vorrechtsforderungen nach § 61.1 und teilweise 61.2 zufallen zur Verfügung. Alle übrigen Forderungen gehen mangels Masse leer aus.

A. Kuhn,
Konkursverwalter,
Freiburg.

Gleisausschachtungs- u. Regulierungsarbeiten des westl. Hauptgleises Los 1 v. km 202,7 bis 206,3 zwischen Gundelfingen u. Freiburg (Bezirk der Bahnmeisterei 2 Freiburg) Los 2 v. km 232,2 bis 236,2 zwischen Buggingen u. Müllheim (Bezirk der Bahnmeisterei Müllheim) auf Grund der vorläufigen Verdingungsvorschriften v. 1. 7. 24 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingnisheft auf Zimmer 5 Wilhelmstraße 19 zur Einsicht, dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke soweit Vorrat reicht gegen Ersatz von je 1.00 RM. Betrag nicht i. Briefmarken. Die angegebenen Bahnmeistereien vermitteln etwa gewünschte örtliche Besichtigung. Angebote m. Aufschrift „Ausschachtarbeiten" sind verschlossen u. postfrei bis längstens 24. März, vorm. 10 Uhr bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 4. 4. 27. K.65

Freiburg, 10. 3. 1927.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Vorstand der Bahnbauinspektion.

Nadelstammholz-Verkauf

Das **Bad. Forstamt Offenburg** verkauft **freihändig** aus dem Staatswald Distrikt III „Brandeck" Durbacher- und Zellerseite (Durbacherseite Station Windschläg, Zellerseite Station Offenburg) in 4 Losen zu 139, 124, 86 u. 58 fm Nadelstammholz Fi. und Ta. aller Klassen. K.68

Losverzeichnisse durch das Forstamt. **Schriftliche Angebote in Prozenten d. Landesgrundpreise bis Dienstag, d. 22. März 1927, nachmittags 5 Uhr,** erbeten.

Vorzeiger des Holzes ist Oberforstwart Werner Durbach-Brandeckhof.

Nadellangholz-Verkauf.

Das **Forstamt Herrenwies** in **Forbach** (Baden) verkauft **freihändig 2900 fm Nadellangholz,** darunter **1300 fm Mastenhölzer.** Angebote bis Freitag, den 25. März 1927 erbeten. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Fernruf Forbach Nr. 15). K.63

Druck G. Braun, Karlsruhe